

Berliner Tageblatt



№. 162

und Handels-Zeitung

Freitag, 9. April 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wulff in Berlin.

Geyßlers Stuttgarter Rede.

Für Demokratie und Republik.

Gegen Parteihader und Parteisplittierung. — Die Bedeutung einer starken demokratischen Partei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Stuttgart, 9. April.

Zu seiner Rede auf der getragenen Tagung der Demokratischen Partei in Stuttgart führte Reichswehrminister Dr. Geyßler aus: Das Unglück der alten Zeit liegt darin, daß das deutsche Volk von der praktischen Teilnahme an der Außenpolitik völlig ausgeschlossen gewesen ist, und daß man darin noch ein Zeichen besonderer politischer Schwäche gesehen hat. Heute mußte jeder Mann und jede Frau im deutschen Volk wissen, daß das Schicksal des deutschen Volkes abhängig von der Außenpolitik ist. Es ist ein Unglück, daß große Teile des deutschen Volkes und große politische Parteien keine praktische Außenpolitik treiben, sondern sich einstellen auf den Reichstagskampf des Adlers, auf den Reichstagskampf der Interessen. Es ist überaus töricht, wenn man in dieser Zeit von einem Verlangen des parlamentarischen Systems spricht. Wir haben doch einen Zustand übernehmen müssen, wo Deutschland alles, seine Stellung in der Welt, seine Verfassung, die Grundzüge seines künftigen Lebens verloren hatte. Wird immer fortwähren sich weiter geschüttelt, oder wird es zu einer gewissen Konsolidation, zu einer großen Zusammenfassung kommen? Ich glaube, es wird niemand unbedenklich können. Die national-typischen Verhältnisse bei uns in Deutschland haben sich seit dem Zusammenbruch in einer ungeheuren Weise konsolidiert, und ich bin überzeugt, in hundert Jahren wird man sogar noch das für Recht gelten, die nicht den Willen verloren und einem solchen Zusammenbruch, sondern die zugegriffen haben, und unter denen, wenn einer gefallen war, lediglich ein anderer aufstand, und die Nation weiter trug. (Stürmischer Beifall.) Aber seien wir uns auch darüber klar: Die Konsolidierung ist noch nicht fertig, sie ist laß. Eine wirklich feste Konsolidierung unseres Staatslebens kann nur kommen, wenn wir uns zu dem Staat, zu seiner Autorität auch stellen können, wenn wir Freude empfinden an diesem Staat, wenn wir glauben an diesen Staat, wenn wir diesem Staat nicht verärgert oder gar gemißtrauisch sind. Erst dann ist die wahre Konsolidierung gekommen, und deshalb ist es die Aufgabe des Staatsmannes von heute, der großen Berufsgruppen im deutschen Volk den Weg zu diesem Staat zu zeigen, nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus Gründen der Notwendigkeit. Es muß in Deutschland so sein, daß jeder mit Freude und Ehrgefühl sagt: „Ich zueck bin Deutscher!“ (Stürmischer Beifall.)

Beifall.) Um diese Staatsgewinnung mühen wir kämpfen. Und da sehe ich allerdings in der Zerstückelung der Parteien für uns eine große Gefahr. Denn die Parteien können ihren Willen nach dem, was sie trennt, nicht das, was ihnen gemeinsam ist. Ich sehe einen Hauptvorwurf der demokratischen Bewegung darin, daß in den letzten Jahren der Reihe nach alle großen Parteien im Reich zur Verantwortung gekommen sind, daß alle Parteien Gelegenheit gehabt haben, dem deutschen Volk zu zeigen, ob und wie sie es besser machen konnten. Und ich sehe infolge dieser Entwicklung — hoffentlich laute ich mich nicht — daß trotz allem ein gewisses Adambüßen der Gegensätze herbeigeführt worden ist. Der Streit um die Fühne ist lange nicht mehr so heftig, seitdem die schwarzrotgoldene Fühne über dem Palais des Reichspräsidenten weht. Die heftigen Beschimpfungen haben aufgehört, und ich glaube, auch in anderen Kreisen steht man der alten Fühne viel objektiver und ruhiger gegenüber, seitdem sie nicht mehr ausschließlich nur eine Parteifühne geworden ist, die ein Symbol für eine unmaßstäbliche Mehrheiten bilden soll.

Es ist eine Lebensfrage für Deutschland, daß unsere demokratische Partei sich entwickelt, daß unsere Partei nicht nur eine geschäftliche Partei wird, sondern daß sie eine Partei ist, die auch im Lande drinnen wurzelt, eine Partei, die gewiß ihre Schwächen hat, die sich selbst haben wird, die aber doch geteilt ist, in sich selbst schon einen Teil der Gegensätze ausstrahlt. In den Zeiten der Not, in den Zeiten des Zusammenbruchs sind Millionen zu uns gekommen. Sie sind weggegangen, oft im Widerspruch mit ihren eigenen Interessen. Wenn sie heute zurückkommen, dann müssen sie, wenn sie ehrlich sind, sich fragen, das sollte dadurch, daß wir die großen Interessen des Staates verfolgt haben, letzten Endes auch ihre Interessen erfüllt, den Boden für die Vertretung ihrer eigenen Interessen in Deutschland überhaupt erst wieder geschaffen haben. (Stürmischer Beifall.) Und deshalb glaube ich, hat gerade Württemberg mit seiner gemäßigten Demokratie das historische Recht, ein Bannerträger der deutschen Demokratie zu sein.

Es wird auch in diesen Sommer an heißen Kämpfen nicht fehlen um die Grundzüge unseres Staatslebens, das allen, wenn die großen Auswärtigen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in finanzieller Beziehung kommen. Aber wir werden diese Schwierigkeiten überwinden, wenn Sie auch in solchen Angelegenheiten, wo Sie nicht mit uns einverstanden sind, hinter uns stehen mit Ihrem Vertrauen, dem ohne Vertrauen kann niemand arbeiten. Diesen Geist wollen wir hinausstrahlen und damit werden für den großen Gedanken der deutschen Demokratie. (Stürmischer Beifall.)

Die Agrar- und Industriekrise.

Ein Vorschlag zur Besserung.

Von (Nachdruck neuboter)

Dr. Wilhelm v. König (Abiturient).

Der genau präzipierte Vorschlag zur Milderung der Wirtschaftskrise, den hier ein Vertreter des ostpreussischen Großgrundbesitzes der Öffentlichkeit vorlegte, dürfte eines besonderen Interesses bei den beteiligten Wirtschaftskreisen und Regierungskreisen wie bei der Allgemeinheit haben sein. Die Redaktion.

Die Krise der Industrie hängt eng zusammen mit der Zusammenbruch der Landwirtschaft. Wäre die Landwirtschaft gesund und florierend, so hätten wir einen aufnahmefähigen inneren Markt und die wirtschaftliche Lage der Industrie wäre nicht halb so düster. Die nachstehenden Ausführungen sollen nun einen praktischen Ausweg zeigen, auf dem der Landwirtschaft geholfen und auch die Krise der Industrie gemildert und beseitigt werden kann.

In erster Linie kommt für die Betrachtung der Krise des Reichs in Frage, die Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien, Ostpreußen und insbesondere die Grenzmarkgebiete. Der Staat, die Öffentlichkeit und auch ein großer Teil der Landwirtschaft selbst sehen alles Heil in der Vergabe von Krediten und hoffen, damit die Schwierigkeiten zu beheben. Die Sanierung durch Kredite scheitert aber an den hohen Zinssätzen. Vor 1914 verginnte die Landwirtschaft ihre Schulden mit 4 Prozent bis höchstens 6 Prozent; der höhere Zinssatz galt für zweite Hypotheken. Heute sind auf die Güter zumprozentige Goldpandbriefe eingetragen, und an Bankzinsen müssen 12 Prozent und mehr gezahlt werden. Der Kredit der Goldbankbank wird mit allen Inflationen auch auf 8 Prozent kommen, und auch diese Belastung ist untragbar. Es läßt sich ziemlich genau feststellen, welche Schuldenlast der einzelne Bauer vor 1914 pro Hektar zu tragen hatte. Das Ziel einer Sanierungsaktion müßte daher sein, die Belastungsgrenze pro Hektar von 1914 nicht zu überschreiten. Der andere Weg, die Preis für landwirtschaftliche Produkte so zu steigern, wie es der heutigen Verhältnisse entspricht, wäre volkswirtschaftlich nicht zu verantworten; die bekannte Schwaube ohne Ende wäre damit die höhere Preise für Lebensmittel, teurere Lebenshaltung der Konsumenten, dadurch Lohnsteigerungen und höhere Preise wiederum für das, was die Landwirtschaft überlebensfähig macht.

Das ganze deutsche Volk, beinahe jedes Unternehmen hat durch den Krieg und die nachfolgende Inflation an Substanz seines Vermögens verloren. Auch die Landwirtschaft, besonders in der Form der großen Güter, muß sich damit abfinden, einen Teil ihres Substantzverlustes zu tragen. Das Annehmen von Hypotheken, Krediten, Wechseln kann der unausweichlichen Zusammenbruch nur aufhalten. Die Krise ist da und steht auf ihrem Höhepunkt. Ein Beispiel aus der Praxis möge als Illustration dienen. Die Tageszeitung eines ostpreussischen Landbesitzers brachte am 10. März folgenden Bericht: Bei einer gerichtlichen angelegten Zwangsversteigerung eines im hiesigen Kreise gelegenen Gutes von etwa 600 Morgen ergab sich als Höchstgebot 1400 Reichsmark. Das Gebot bezog sich als Pargel, nicht auf Übernahme der Hypothekenschulden, so daß alles das ganze Gut für 1400 Reichsmark zu erwerben war. — Weitere Kommentare diesen traffen Beispiel beizufügen, erübrigen sich.

Der verfehlte ist volkswirtschaftlich wäre, die großen Güter ganz aufzulösen, da gerade sie den Rückhalt für die Ernährung der großen Städte bilden. So werden sie dagegen einmündig, wenn ein größerer Besitz, um wieder zu gewinnen, ein Viertel oder mehr seiner Fläche zu Zielzweckzwecken abgibt. Will man der Landwirtschaft und damit auch der Industrie den Grund ans helfen, kommt nur eine Kartellierung der großen Güter in Frage, unter Belastung genügend großer Restgüter, wobei natürlich fernerhin Zwang ausgeübt werden darf. Es gibt ja auch heute noch Güter, die andere Möglichkeiten haben, sich zu behaupten.

Man schätzt den Bedarf der Landwirtschaft zur Deckung der dringenden Schulden auf ungefähr eine Milliarde Mark. Steht man auf dem Standpunkt, daß nur durch eine großzügige Zieldung eine Entschuldung möglich ist, so muß man diese Summe jagende legen.

Im Osten ist der nackte Grund und Boden im Durchschnitt mit 50 Reichsmark pro Hektar zu haben. Für eine Milliarde Mark wären demnach rund 1.900.000 Hektar zu kaufen. Hin einen Begriff von dem Umfang einer solchen Zieldung zu geben, führe ich an, daß nach Reklamieren Güterdarlehen für die Provinz Ostpreußen diese landwirtschaftlich genutzte Fläche von 1 Million 100.000 Hektar hat, erlösnisse Weiden, Acker und Gackfrucht. Die Größe einer einzelnen Zieldungstelle, die lebensfähig sein soll, richtet sich nach der Güte des Bodens. Im Durchschnitt genügt eine Fläche von 15 Hektar. Die Kosten dafür betragen sich auf etwa 15.000 Mark pro Stelle, davon entfallen auf:

Grund und Boden 15 Hektar x 500 Mark =	7.500 Reichsmark
Gebäude	7.000
Fotes und lebendes Inventar	4.000
	18.500 Reichsmark.

128.000 Zielder könnten angelegt werden. Zur Durchführung der ganzen Zieldung wären 2 Milliarden 400 Millionen erforderlich. Selbstverständlich ist bei dem heutigen Geldmangel der ganze Plan auf einmal nicht durchführbar. Dagegen ist es sowohl technisch wie finanziell möglich, sofort ein Viertel des Projektes in Angriff zu nehmen. Die dafür nötige Summe von rund 600 Millionen könnte von der Landwirtschaft, dem Staat und der Industrie gemeinsam aufgebracht

Briand und das Kartell.

Die Bedeutung des Austritts Malvos.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. April.

Die Demission Malvos wurde, wie schon in der Nacht gemeldet ist, erst in später Stunde offiziell bekannt. Das Communiqué des Ministeriums des Innern lautet: „Der Minister des Innern hat heute abend dem Ministerpräsidenten Briand seine Demission überreicht. Malvos teilte in seinem Briefe die Gründe mit, die ihn dazu veranlassen, die Amt zurückzugeben, das ihm übertragen worden ist. Gegenüber den Erwartungen der Presse läßt sich feststellen, daß der Austritt Malvos nicht durch Kränklichkeit auf seine Gesundheit diktiert worden ist.“ Die Erwartungen, die diesem Communiqué vorausgingen, sind bekannt und bedürken nur noch einiger Ergänzungen. Der Brief Malvos, von dem in dem Communiqué die Rede ist, enthält Briand schon am Morgen. Da einige Sätze dieses Briefes zu irrigen Deutungen Anlaß geben könnten, soll er erst veröffentlicht werden, wenn die Regierung sich über die innere politische Situation verständigt hat. Als Nachfolger wird heute früh mit großer Bestimmtheit der jehige Ackerbauminister Jean Durand genannt, der als Senator der Sozialistischer Partei angehört.

Diese Kartellkombinationen zeigen, daß Briand mit den Folgen nicht rechnen konnte, welche die Demission Malvos für die Regierung haben kann. Malvos war der Minister des Kartells; er wurde in das Kabinett berufen, weil Briand durch seine Mitarbeit sich die Stimmen der Sozialistischer Partei und die Sympathie der Sozialisten sichern wollte. Wenn jetzt Malvos geht, muß der Regierung daran gelegen sein, die Unterzeichnung der Kartellverträge nicht einzubüssen und durch das Exier Malvos gleichzeitig einen Teil der Stimmen des oppositionellen Zentrums zu gewinnen. Der Austritt Malvos ist daher die Zieldung für den Staat. Der bekannte Mitarbeiter des „Echo de Paris“, Marcel Guin, hat über die Stimmung eines erfahrenen, was nicht unbedeutend ist, folgendes geschrieben: „Es gibt in der Regierung Leute, welche der Meinung sind, daß die Demission Malvos durch Verriet und die anderen sozialistischer Radikalen Führer veranlaßt worden ist. Die Rede Verriets in der Kabinettverhandlung hat gezeigt, daß Verriet dazu bereit ist, aus dem Ministeramt zu werden. Malvos hat seine Demission überhaupt erst gegeben, nachdem er sich vorher mit Verriet über diese Möglichkeit unterhalten hat. Die Anhänger des Kartells glauben nicht daran, daß der Austritt Malvos die Opposition der Mitte umfallen kann. Sie haben den Plan, die Regierung sofort nach der Eröffnung der

Kammer zu fügen und Verriet zum Ministerpräsidenten zu machen.“ Ob Guin richtig informiert worden ist, wird bald offenbar werden. Briand hat den Austritt ausgesprochen, sich über die Demission Malvos vor der Kammer zu äußern und bei der ersten Gelegenheit, voraussichtlich bei der Beratung der Wahlreform, die Vertrauensfrage zu stellen. Für diese Intervention spricht ein viel beachteter Artikel der linksradikalen „Dépêche de Toulouse“, in dem der Austritt Malvos mit starken Worten gemißt wird. Dem folgte der deutsche Exp. Malvos weiß, daß in dieser Kammer das Leben der Regierung von wenigen Stimmen abhängt und will durch seine Gegenwart das Ministerium nicht in Gefahr bringen. Er weiß, daß die Kammer jede Orientierung verloren hat, und daß keine Meinung den Mut besitzt, Ordnung und Disziplin zu schaffen, obwohl dieser Versuch durch die Annahme der Wahlreform leicht zu erreichen wäre. Aber man es nicht angeht, werden, daß die wichtige Regierung Verriet die in der uneren Politik schwebende Regierung Briands abzulösen müßte. Malvos Freunde versuchen dagegen, daß er an seine politische Kombination denkt und sich nur die Freiheit verschaffen will, seine Ehre gegen die reaktionären Angriffe zu verteidigen. Es ist möglich, daß dieser Grund bei der Entscheidung miteingepflanzt hat. Auch dann aber kann es nicht ausbleiben, daß durch die Demission Malvos die Frage „Briand oder Verriet?“ bald zur Diskussion gestellt wird.

Malvos Demission angenommen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. April, 2 Uhr nachm.

In dem Kabinett, der heute vormittag im Ministerium des Innern unter dem Vor. Briand stattfand, ist die Demission des Innenministers Malvos angenommen worden. Briand hat dem scheidenden Minister seinen Dank für seine Mitarbeit ausgesprochen und seinen Bedauern Ausdruck gegeben, daß er aus dem Kabinett ausschied. Die Nachfolge Malvos ist, wie erwartet, dem bisherigen Ackerbauminister Durand angeboten worden, der das Portefeuille angenommen hat. Diese Ernennung bedarf natürlich noch der Zustimmung des Präsidenten der Republik, der sich bekanntlich in Rom befindet. Aber die Person des neuen Ackerbau-ministers ist nun sich in dem heutigen Kabinett noch nicht eingetragenen. Ein neuer Kabinett ist soll zu diesem Zweck morgen vormittag am Louvree einberufen werden. Der Wortlaut des Austrittsbeschlusses, daß Malvos an den Ministerpräsidenten Briand gerichtet, wird heute nachmittag bekannt gegeben werden.